

Tarif- und Besoldungsrunde Länder 2019

Erste Verhandlungsrunde ohne Ergebnis beendet: „Wenn sich die Arbeitgeber nicht bewegen, müssen wir uns bewegen!“

WARNSTREIKAUFRUF

Am 21. Januar 2019 wurden die Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst der Länder aufgenommen. Die Gespräche wurden konstruktiv und in guter Atmosphäre geführt. Die Arbeitgeber zeigten sich zwar grundsätzlich gesprächsbereit. Aber es wurde auch deutlich: Wir werden von Anfang an mit aller Klarheit zeigen müssen, dass es uns mit den Forderungen ernst ist! Der Rückstand bei der Lohnentwicklung im öffentlichen Dienst der Länder gegenüber der Gesamtwirtschaft muss ausgeglichen werden. Es ist an der Zeit, den Beschäftigten die gebotene Wertschätzung für ihre gute Arbeit auch durch eine gute Bezahlung zukommen zu lassen!

Deshalb fordern wir:

- Erhöhung der Tabellenentgelte der Beschäftigten um 6 Prozent, mindestens aber um 200 Euro
- Erhöhung der Auszubildendenvergütungen und Praktikantenentgelte um 100 Euro
- Zusätzliche Erhöhung der Pfl egetabelle um 300 Euro
- Wiederinkraftsetzung der Vorschrift zur Übernahme der Auszubildenden
- Tarifierung der Ausbildungsbedingungen von Studierenden in ausbildungs- und praxisintegrierten Studiengängen
- Laufzeit 12 Monate

Für die Durchsetzung dieser Forderungen müssen wir gemeinsam unsere Entschlossenheit zeigen!

Wir rufen alle Tarifbeschäftigten, Auszubildenden und Praktikant/-innen in den Berliner Senatsverwaltungen und nachgeordneten Dienststellen

**am Montag, den 4. Februar 2019
von 11:15 Uhr bis 15 Uhr
zu einem Warnstreik* auf,
um an einer Kundgebung ab 12 Uhr
in der Klosterstr. 59 Ecke Rolandufer
(am Sitz des Verhandlungsführers der TdL) teilzunehmen!**

Kommt zur Kundgebung!

*** Bei Streiks unter vier Stunden wird keine Streikunterstützung gezahlt**